

Schwere Konsequenzen für Hochschulen und Wirtschaft

Horizon Europe Der Ausschluss aus dem weltweit grössten Forschungsprogramm treffe Zürich hart, warnt der Regierungsrat.

Tages-Anzeiger, 23.7.2021

Mitte Juli hat die Kommission der EU die Schweiz vom Forschungsprogramm Horizon Europe ausgeschlossen, zumindest vorderhand. Dies als direkte Reaktion auf den Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen durch den Bundesrat. Die Schweiz wurde bei Horizon vom Vollmitglied zum nicht assoziierten Drittstaat zurückgestuft. Damit haben Schweizer Forschende und Institutionen keinen oder nur mehr begrenzten Zugang zu dem mit 95 Milliarden Euro dotierten Forschungsprogramm.

Mit einer dringlichen Anfrage haben sich die Kantonsratsmitglieder Michael Zeugin (GLP, Winterthur), Qëndresa Sadriu (SP, Opfikon) und Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) nach den

Folgen für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Zürich erkundigt. Nun liegt die Antwort des Regierungsrats vor. Darin betont er die Bedeutung von Horizon. Er befürchtet, dass sich der Ausschluss mittelfristig ungünstig auf das wissenschaftliche Netzwerk der Schweiz auswirken werde – und darüber hinaus.

Mit dem Status «Drittstaat» könnten Forschende an Schweizer Hochschulen nicht mehr am internationalen Wettbewerb um begehrte Förderpreise wie die Grants des Europäischen Research Council (ERC) und die europäischen Mobilitätsstipendien für Postdoktorierende (MSCA-Fellowships) teilnehmen. Beide Instrumente seien für wissenschaftliche Karrieren bedeutsam.

Forschende der Universität Zürich hätten seit 2007 über diese Instrumente rund 185 Millionen Franken (ERC-Grants) respektive 40 Millionen Franken (MSCA-Fellowships) erhalten.

Angst vor Abwanderung

Bei einem Ausschluss aus diesem Wettbewerb droht laut dem Regierungsrat eine Abwanderung von hochkarätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an ausländische Institutionen. Umgekehrt werde die Rekrutierung von Spitzenforschenden erheblich erschwert.

Der Forschungsplatz Schweiz und damit auch Zürich drohe nachhaltig an Attraktivität einzubüssen, was mit einer Schwächung der Innovationskraft ein-

hergehen werde. So seien etwa Spin-offs der Uni Zürich und der ETH im Rahmen von Horizon zwischen 2017 und 2020 von der EU mit über 30 Millionen Franken unterstützt worden.

Weiter befürchtet die Regierung, dass die Schweizer Hochschulen einen Reputationsverlust erleiden werden. Die Rekrutierung von Spitzenforschenden werde erschwert, mit ungünstigen Auswirkungen auf Forschung, Innovation und Lehre und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen. «Für den Wirtschaftsraum Zürich ist ein Verlust an Wertschöpfung zu erwarten», warnt die Regierung.

Zu einer Beteiligung an Horizon Europe gebe es deshalb längerfristig keine Alternative,

heisst es in der Antwort. Ersatzmassnahmen könnten den Schaden nur für einen befristeten Zeitraum begrenzen. Der Regierungsrat versichert, er werde sich energisch für eine erneute Teilnahme an Horizon einsetzen.

Ein Funken Hoffnung

Vor wenigen Tagen hat sich auch ETH-Rat-Präsident Michael Hengartner über die Entwicklung besorgt gezeigt. «Die Attraktivität unseres Standorts und der Hochschule ist gefährdet», sagte er zu dieser Zeitung.

Doch der Regierungsrat lässt in seiner Antwort auch einen Funken Hoffnung aufblitzen. Der Standort Schweiz gehöre zu «einem der renommiertesten in der europäischen Hochschulland-

schaft». Die eidgenössischen und kantonalen Hochschulen verfügten über eine «ausgezeichnete Reputation». Über weitverzweigte Netzwerke seien sie mit den führenden Hochschulen aus dem EU-Raum bestens verbunden. «Die derzeit fehlende Assoziierung an Horizon Europe ändert an dieser Positionierung nichts, zumal die Forschungszusammenarbeit Schweiz - EU offenkundig im gegenseitigen Interesse liegt», ist der Regierungsrat überzeugt. Diese Ausgangslage lasse eine Assoziierung «mittelfristig durchaus als möglich erscheinen». Die entsprechenden Verhandlungen seien allerdings Sache des Bundes.

Martin Huber